



Antrag

der Abgeordneten **Florian Ritter, Stefan Schuster, Klaus Adelt, Inge Aures, Christian Flisek, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Arif Tasdelen SPD**

Lagebild zu Vorfeldstrukturen des Rechtsterrorismus in Bayern anlässlich der Ermittlungsmaßnahmen gegen die sogenannte „Gruppe S.“

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die Staatsregierung wird aufgefordert, über ihre bisherigen Erkenntnisse zur mutmaßlichen rechtsterroristischen Vereinigung „Gruppe S.“ zu berichten.

Insbesondere ist dabei auf folgende Fragen einzugehen:

- Wo und an welchen Orten und gegen wie viele Personen haben in Bayern im Rahmen des Polizeieinsatzes gegen die „Gruppe S.“ am 14.02.2020 Maßnahmen stattgefunden?
 - In welchem Verhältnis stehen diese Personen zur „Gruppe S.“ und wie viele Verhaftungen oder Festnahmen hat es in Bayern gegeben?
 - Wurden die von den polizeilichen Maßnahmen und staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen betroffenen Personen bereits vorher als Gefährder oder gewaltbereite Personen eingeschätzt oder waren sie den Sicherheitsbehörden als Teil von rechtsradikalen Strukturen bekannt?
2. Die Polizeiaktion gegen die mutmaßlich rechte Terrorgruppe „Gruppe S.“ veranlasst darüber hinaus Fragen an die Staatsregierung zu rechtsterroristischen Vorfeldstrukturen und Vorfeldorganisationen in Bayern. Daher wird die Staatsregierung aufgefordert, in Ihrem Bericht ein Lagebild zu Vorfeldstrukturen des Rechtsterrorismus in Bayern abzugeben und dabei insbesondere auf folgende Fragen einzugehen:
 - Wie viele Personen werden momentan von Seiten der bayerischen Sicherheitsbehörden als rechtsextreme Gefährder eingestuft und jeweils seit wann?
 - Welchen Zusammenschlüssen oder Gruppen können diese Gefährder zugeordnet werden?
 - Wie viele dieser Gefährder verfügen nach Kenntnis der Sicherheitsbehörden über eine Ausbildung, die die Ausbildung an Waffen miteinschließt (Sicherheitsbehörden, Bundeswehr, Streitkräfte eines anderen Staates) oder haben nach Kenntnis der Sicherheitsbehörden an Schießtrainings oder paramilitärischen Übungen oder Camps teilgenommen?
 - Sind als Gefährder eingestufte Personen momentan in Haft und welche Strafen haben sie jeweils noch zu verbüßen?
 - Wie hoch ist die Anzahl sowie der Anteil der als gewaltbereit eingestuften Personen an der Gesamtheit des rechtsextremen Personenpotenzials in Bayern? In welchen Organisationen sind die als gewaltbereit eingestuften Personen aktiv? Welche Organisationen müssen wegen der überwiegenden Anzahl an gewaltbereiten Mitgliedern oder Unterstützern insgesamt als gewaltbereit angesehen werden und welche Erkenntnisse liegen der Staatsregierung über die jeweiligen Organisationen vor?

- Welche Erkenntnisse liegen den bayerischen Sicherheitsbehörden über Stärke, Ideologie, Aktivitäten, Vernetzung und Gewaltbereitschaft der Gruppen „Soldiers of Odin“, „Wodans Erben Germanien“, „Vikings Security Germania“, „Bayerische Garde“ in Bayern vor?
- Welche Erkenntnisse liegen den bayerischen Sicherheitsbehörden über Anzahl, Stärke, Ideologie, Aktivitäten, Vernetzung und Gewaltbereitschaft über rechtsextreme Rockerclubs und rechtsextreme Bruderschaften vor?
- Welche Erkenntnisse liegen den bayerischen Sicherheitsbehörden über rechtsextreme oder rechtsextrem beeinflusste Bürgerwehren in Bayern vor? Insbesondere über deren Anzahl und Wirkungsorte, Stärke, Ideologie, Aktivitäten, Vernetzung und Gewaltbereitschaft.
- Ist der Staatsregierung bekannt, ob Mitglieder von Bürgerwehren aus Bayern das von der FAZ berichtete, von „Hooligans gegen Salafisten“ (Hogesa) organisierte Treffen von Bürgerwehren in Mönchengladbach, bei dem ca. 700 Personen teilgenommen haben sollen, im September vergangenen Jahres besucht haben?
- Soweit der Staatsregierung bekannt ist, dass gewaltbereite rechtsextreme Gruppen in Bayern Kontakte zu gewaltbereiten rechtsextremen Gruppen in anderen Bundesländern oder im Ausland unterhalten, so ist darüber zu berichten.

Begründung:

Am Freitag, den 14.02.2020, gingen Ermittlungsbehörden im Auftrag des Generalbundesanwalts in zahlreichen Bundesländern gegen die behördenintern bezeichnete „Gruppe S.“ vor. Es soll sich bei der Gruppe um eine rechtsterroristische Vereinigung handeln, deren Ziel Anschläge auf Politiker und Moscheen gewesen ist. In einer Spirale der Gewalt sollte eine bürgerkriegsähnliche Lage erzeugt werden.

Solche Szenarien sind in Diskursen von politisch rechtsextrem eingestellten Personen allgegenwärtig. Auf den verbalen Radikalismus folgen bei einigen dieser Personen reale Tatvorbereitungen oder gar Taten. In der „Hoffnung“, eines Tages mit politischen Gegnerinnen und Gegnern, Migrantinnen und Migranten „abrechnen“ zu können, legen Rechtsextreme unterschiedlicher Herkunft und Motivation „Feindeslisten“ an und beschaffen sich legale oder illegale Waffen, betreiben Kampfsport und trainieren an Waffen.

Wie schon bei der inzwischen in Prozessen verurteilten Oldschool Society (OSS) soll mindestens ein Anführer der „Gruppe S.“ aus Bayern kommen. Um den harten Kern herum, der über Anschläge diskutiert haben soll, bildete sich nach Medienberichten ein Unterstützungsnetzwerk, das Waffen finanzieren und beschaffen wollte. Die Beschuldigten stammen nicht kohärent aus einer oder zwei Organisationen, sondern weisen Bezüge zu diversen Gruppen auf. Als verbindendes ideologisches Merkmal bei einigen Beschuldigten haben Journalisten die Nähe zu den sog. Bürgerwehrgroups „Soldiers of Odin“, „Wodans Erben Germanien“ und „Vikings Security Germania“ herausgearbeitet, die auch im Freistaat aktiv sind.

Die beantragten Haftbefehle gegen die Beschuldigten wurden von den Haftrichtern am Bundesgerichtshof durchgehend bestätigt.